

Sozialpolitik und Tabakrauchen - Was bringt ein bedingungsloses Grundeinkommen für die Tabakkontrolle?

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) wird von verschiedenen Wissenschaftlern, Initiativen und Kleinparteien vertreten und besteht im Kern aus einer Reform der sozialen Sicherungssysteme. Eine weitergehende Reform des sozioökonomischen Systems wird möglich mit einer Reform des Arbeitsmarktes, der Wirtschaftspolitik und ggf. des Steuersystems. Das Konzept bedeutet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger vom Staat ein aus Steuermitteln finanziertes Grundeinkommen erhält, in einer Höhe, die mindestens die eigene Existenz, in einigen Modellen auch explizit eine kulturelle Mindestteilhabe sichert. Dieses Grundeinkommen ist bedingungslos, d.h. es ist nicht an das Ausfüllen von Anträgen oder die Bereitschaft zu Arbeiten oder irgendwelche anderen Pflichten oder Voraussetzungen gebunden¹. Es soll einige oder die meisten bestehenden Sozialtransfers ersetzen. Eine Befreiung des Arbeitsmarktes von tariflichen Bestimmungen und die Einstellung der staatlichen Subventionspolitik in allen gemeinwohlschädlichen Bereichen von Industrie und Landwirtschaft würde ohne negative soziale Auswirkungen möglich. Im Zusammenhang mit dem BGE werden verschiedene Konzepte für eine unterschiedlich weitreichende Steuerreform diskutiert.

Die Finanzierbarkeit des Konzeptes ist durch verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Allerdings rechnen diese Modelle natürlich immer nur mit dem Status quo - wie bei anderen wirtschaftlichen Prognosen ist die Zukunft nicht vorhersagbar, da der Faktor Mensch darin eine Schlüsselposition inne hat. Hinter der Frage nach der Finanzierbarkeit verbirgt sich also am Ende die Frage nach dem Menschenbild.

Darüber hinaus leuchtet jedoch unmittelbar ein, dass erhebliche Einsparungen durch den Wegfall der heutigen Sozialverwaltungs- und Kontrollapparate sowie der Arbeitsplatzsubventionen zu erwarten sind, während auf der anderen Seite ein intelligentes Steuersystem in der Lage wäre, Geld dort abzuschöpfen, wo es nicht zur individuellen Existenzsicherung gebraucht wird.

¹ Die Definition des Netzwerks Grundeinkommen, www.grundeinkommen.info, lautet wie folgt
Das BGE soll:

- existenzsichernd sein im Sinne der Sicherung einer basalen gesellschaftlichen Teilhabe,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und
- keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

Mögliche Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Tabakkontrollpolitik:

- **Die Tabakindustrie schafft Arbeitsplätze.** Dies ist zynisch aber wahr: Tabakrauchen ist die größte vermeidbare Einzelursache für Krankheit und Tod in den Industrienationen. Ohne die Tabakindustrie würden Tausende von Pflegekräften und Ärzten arbeitslos und auch das Deutsche Krebsforschungszentrum würde wohl mit einem (noch) kleineren Etat rechnen müssen. Die Leute würden einfach seltener erkranken, insbesondere an Krebs und anderen tabakrelatierten Krankheiten.

Arbeitsplatzabbau in seinem Wahlkreis ist der Alptraum eines jeden Politikers. Denn Einkommen aus Erwerbsarbeit ist heute die einzige Möglichkeit der individuellen Existenzsicherung, die nicht mit sozialem Stigma und bürokratischen Schikanen verbunden ist (sieht man von Kapitalerträgen und Spekulationsgewinnen einmal ab, die aber nur einen verschwindend geringen Teil der Bevölkerung betreffen). Politiker, die (wieder-)gewählt werden wollen, müssen daher um jeden Arbeitsplatz kämpfen - ganz egal ob in einem Tabakkonzern oder im hochsubventionierten Tabakanbau.

Dieses Problem war 2006 wieder einmal deutlich in den Positionen der Bundestagsabgeordneten zum Schutz der Bevölkerung vor dem Zwangsmitrauchen zu sehen: Abgeordnete mit großen Zigarettenwerken oder -händlern im Wahlkreis haben sich ganz überdurchschnittlich GEGEN saubere Atemluft positioniert.

Auch in der - reichlich unwissenschaftlichen - Argumentation des DeHoGa war das Arbeitsplatzargument dominierend, ungeachtet der Tatsache dass es sich hierbei für die Mitarbeiter und Gäste um eine Frage um Leben oder Tod handelt.²

Dass die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz unter dieser Politik leidet, fällt dabei ebenso unter den Tisch.

Unter der Prämisse des bedingungslosen Grundeinkommens ist Beschäftigung (Erwerbsarbeit) nicht mehr ein Wert an sich. Man könnte ohne Tabu darüber sprechen, welche Tätigkeiten der demokratische Staat fördern, zulassen, behindern oder unterbinden soll.

- **Die Tabakindustrie schafft Arbeitsplätze.** Sie tut dies auch im unteren und mittleren Lohnsegment, sie tut es direkt oder mittelbar auch im Bereich von niedriger und niedrigster beruflicher

² Natürlich findet diese Argumentation auch Anwendung auf andere destruktive Industrien oder Verfahrensweisen, wie Kriegswaffenexport, umwelt- und gesundheitsschädliche Industriepolitik, atomare Energieerzeugung etc.

Qualifikation. Menschen, die heute für die Drogenindustrie in nicht gehobener Position arbeiten, sei es als Bürokrant, Techniker oder Dienstbote oder indirekt als Automatenbestücker, Werbegrafiker oder mehr oder weniger selbstständiger Journalist: In der heutigen Arbeitsmarktsituation haben viele gar keine Alternative. Zumindest sehen sie keine - und „mit irgendwas muss man ja sein Geld verdienen“ ist eine nur zu naheliegende Entschuldigung. Und sie klingt mittlerweile sogar aus dem Munde von besser ausgebildeten und Akademikern akzeptabel.

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre hier ein Aussteigerprogramm. Niemand wäre mehr gezwungen, „irgendeinen Job“ zu machen, jeder wäre für die eigene Wahl selbst verantwortlich. Und selbst gar nichts tun ist für das Gemeinwohl sinnvoller als Drogenhandel.

- **Die Tabakindustrie schafft Arbeitsplätze** in der Dritten Welt, sogar für Kinder (!). Die Kleinbauern in den armen Ländern werden sehr schlecht bezahlt und erleiden durch Pestizide und das Nikotin der Tabakpflanze oft schwere Gesundheitsschäden. Für neue Anbauflächen und für die Trocknung des Tabaks werden zudem große Flächen von Naturwäldern vernichtet. Dafür wurde Philip Morris 2005 der „**Warnhinweis**“ der Kampagne Rauchzeichen! verliehen. In den Publikationen der Tabakindustrie wird das Arbeitsplatzargument immer gerne angeführt und rechtfertigt vieles.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde auch den armen Ländern helfen. In Namibia wird gibt es bereits eine Diskussion darüber und in Brasilien sogar ein Gesetz zur Einführung. Die Global Basic Income Foundation plädiert zusammen mit manchen anderen Organisationen für ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen.

- **Die Zivilgesellschaft würde gestärkt.** Teilzeitarbeit oder Zeiten ohne Erwerbsarbeit würden viel leichter sein. Die Bürger werden mehr Muße haben, mehr Zeit sich um sinnvolle oder schöne Dinge zu kümmern. Ob das Kunst, Kultur, die Familie, ehrenamtliche Tätigkeit ist: Wer mehr vom Leben genießt und mehr Zeit für soziale Kontakte hat braucht weniger Drogen. Mehr Zeit bedeutet auch, dass sich die Bevölkerung besser politisch informieren und leichter selbst aktiv werden kann. Gerade an einer wirklich breiten Mobilisierung scheitern wir bislang regelmäßig - wie auch viele andere Initiativen zur Verbesserung des Gemeinwesens.

- **Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird verringert.** Das BGE-Konzept bedeutet Umverteilung von oben nach unten. Gerade die „kleinen Leute“ werden mehr Geld haben. Die Soziologie hat längst aufgezeigt, dass das Rauchverhalten und das damit verbundene Gesundheitsrisiko bzw. die statistische Lebenserwartung in Deutschland wie in vielen anderen Industrienationen stark von drei Faktoren abhängen³: Der Bildung, dem Einkommen und dem beruflichen Status. Wer wenig Geld verdient, gibt - statistisch gesehen - mehr aus für Zigaretten als besser Verdienende; Armut tötet u.a. durch Tabakgebrauch. Auch wer aus seiner Beschäftigung eine niedrige gesellschaftliche Anerkennung erhält greift eher zur Droge. Und natürlich: Wer über eine eher geringe Bildung verfügt wird schneller zum Opfer der Propaganda der Tabakkonzerne.

In allen drei Dimensionen kann das BGE etwas verändern:

1. Das Einkommen sowohl der Erwerbslosen wie der Geringverdienenden wird angehoben. Das soziale Stigma des „Sozialschmarotzers“ entfällt, viele Menschen können wieder ihren Kopf heben und das Rückgrat durchdrücken.⁴
2. Berufliche Statusunterschiede werden sich bald erledigen. Menschen können nicht mehr gezwungen werden, für andere „die Drecksarbeit“ zu machen. Die Gesellschaft hat gar keine andere Wahl, als den Menschen die entsprechende Anerkennung zu geben, die notwendige möglicherweise unbeliebte Arbeiten erledigen - sonst würde sie ja niemand machen. Allenfalls würden Leute schief angesehen werden, die etwas tun, was dem Gemeinwohl nichts nützt oder ihm gar schadet.
3. Sicherlich würden nicht alle Menschen einen Hochschulabschluss anstreben. Aber natürlich hängen Bildungschancen und Bildungsbereitschaft von der Einkommenssituation ab - und werden steigen, wenn sich diese stabilisiert und verbessert.

- **BigTobacco verkauft Träume von einer besseren Welt.** Zigaretten werden als Surrogate, als Ersatzmittel für etwas verkauft. Meistens sind das **die Freiheit, unbeschwerte Abenteuer, unberührte Natur** oder **intensivere zwischenmenschliche Begegnungen** oder auch einfach **das Leben genießen**. Umso mehr diese Dinge real erlebt werden können, desto weniger fruchten die Slogans der Tabakindustrie. Und

3 Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg): Rauchen und Soziale Ungleichheit – Konsequenzen für die Tabakkontrollpolitik. Heidelberg, 2004

http://www.tabakkontrolle.de/pdf/Factsheet_Rauchen_und_soziale_Ungleichheit.pdf

4 Die Möglichkeit das zusätzliche Einkommen wiederum in Tabakwaren anzulegen besteht natürlich. Allerdings könnte dem mit einer drastischen Anhebung der Tabaksteuer leicht begegnet werden.

das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht individuelle Freiheit, in einem gewissen Maße unbeschwertes Dasein und Muße und es ist deutlichster Ausdruck von Solidarität oder menschlichem Miteinander.

Zum Schluss noch zwei Argumente, die ganz konkret dafür sprechen, dass sich auch wir, die Gegner der Tabakindustrie, ganz deutlich für das BGE einsetzen sollten:

1. Die Tabakgegner werden meistens als genuss- und freiheitsfeindliche Knochen dargestellt, deren einzige Freude darin besteht, andere zu bevormunden. Wer das BGE befürwortet, steht ganz anders da: Das Konzept beruht immerhin auf der Überzeugung, dass im Prinzip alle Menschen vertrauenswürdig genug sind, um ihnen BEDINGUNGSLOS relativ viel Geld anvertrauen kann. Mit Bevormundung geht das nicht zusammen.

2. Zynismus ist heute eine weithin akzeptierte Weltanschauung. Es gibt viele Probleme und schwere Bedrohungen der menschlichen Existenz, angefangen von der Gefahr, vom Auto überfahren zu werden bis hin zu Bedrohungen durch Kriminalität, Terrorismus, Krieg und globalen Klimawandel. Eine Strategie im Umgang damit ist Zynismus und Lethargie: ***Es ist doch sowieso alles egal. Jeder muss selber sehen, wo er bleibt.***

Diese Einstellung ist nicht nur bei den Protagonisten der Tabakkonzerne zu spüren, sondern auch bei ihren - bewussten oder unbewussten - Helfershelfern in Politik, Wissenschaft, Medien, Kirchen und Gewerkschaften.

Dabei wissen alle Menschen eigentlich, dass es nicht funktioniert. Wir sind zum (Über-)Leben nunmal auf Kooperation angewiesen, in der komplexen Welt von heute mehr denn je. Aber es liegt seit jeher in der Natur des Menschen und es hat sich immer wieder deutlich gezeigt, dass kooperierende Gesellschaften weitaus überlebens- und durchsetzungsfähiger sind als Einzelkämpfer oder Gruppen mit Ideologien, die direkt oder indirekt das Recht des Stärkeren postulieren - ganz abgesehen von dem zivilisatorischen und kulturellen Niveau, welches solche Gesellschaften erreichen können. In diesem Sinne kann das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens vielleicht den einen oder die andere aus der Gruppe der Gleichgültigen ermutigen, die Spiele der Tabaklobby nicht (mehr) mitzuspielen, sondern als aktives Mitglied der

Zivilgesellschaft - auch für die eigene Zukunft - tätig zu werden. Denn klar ist: Wer das menschliche Leben so gering achtet wie die kleinen und großen Helfer der Tabakindustrie, der hat selber von vornherein keine Zukunft.

Politikwerkstatt, www.politik-werkstatt.de, wurde 2005 von Eric Manneschmidt initiiert. Er ist auch Initiator des **Netzwerks gegen das Zwangsmitrauchen** - www.rauchfreistudieren.de und freier Mitarbeiter der **Kampagne Rauchzeichen!** www.rauchopfer.org.

Dieses Projekt hat als längerfristige Ziele die Aufhebung der Trennung zwischen "Politischer Klasse" und "dem gemeinen Bürger" sowie der scheinbaren Widersprüche zwischen Freiheit und Gemeinnutz, zwischen Effizienz und Menschenliebe und zwischen Ökologie und Ökonomie.

Es lebt vom Mitmachen und soll eine Plattform sein für alle, die - ganz unprofessionell - etwas beitragen wollen zum Miteinander von Menschen, sei es auf kleiner, mittlerer oder großer Ebene. Offensichtlich steht es damit im Widerstreit mit manchen festgefahrebenen Machtstrukturen.

Anhänge und Verweise

Einige Links zum Weiterlesen:

www.grundeinkommen.info
www.unternimm-die-zukunft.de
www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de
www.vivant.org
www.vivanteurope.org
www.globalincome.org
www.livableincome.org

Die Slogans der fünf größten Parteien in der Bundestagswahlkampagne 2005:

„Sozial ist, was Arbeit schafft“ (CDU/CSU)

„Arbeitsplätze sind für uns die schönsten Plätze in Deutschland“ (SPD).

„Arbeit muß sich wieder lohnen“ (FDP) *...fragt sich nur für wen?*

„Arbeit soll das Land regieren“ (PDS)

„Brüder, durch Sonne zur Arbeit“ (Bündnis 90/Die Grünen)

Eine lesens- bzw. sehenswerte Polemik:
<http://www.livableincome.org/ajobscausepoverty.htm>

Ein Klassiker von http://www.rbb-online.de/_/kontraste/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_4674255.html

Rundfunk Berlin Brandenburg

Kontraste

Beitrag vom 24.08.2006

Inkonsequente Politik - Nichtraucherland baut Tabakfabrik

Das Land Brandenburg mischt ganz vorne mit, wenn es um den Nichtraucherschutz geht. „Brandenburg soll rauchfrei werden“, lautet die Kampagne der Landesregierung. Gleichzeitig subventioniert das Land die Ansiedlung einer neuen Zigarettenfabrik. Insgesamt 13 Millionen Euro aus Steuergeldern fließen in das Zigaretten-Projekt. Über Widersprüche auf höchsten Ebenen berichtet KONTRASTE-Reporter Chris Humbs.

140.000 Rauchertote pro Jahr in Deutschland. Die Kanzlerin appelliert, der Verbraucherminister will verbieten, Bundestagsabgeordnete machen Ernst und haben für den Herbst ein strenges Anti-Raucher-Gesetz angekündigt. Doch sobald ein Investor bereit steht, kippt man die guten Vorsätze über Bord - und subventioniert mit zweistelligen Millionenbeträgen eine Zigarettenfabrik. Schwer zu glauben? Dann lassen Sie sich von Chris Humbs zeigen, was gerade in Brandenburg passiert.

Gruppenbild mit Squaw. Auf seine indianischen Wurzeln legt dieser kanadischer Zigarettenhersteller größten Wert. Er hat kürzlich in Brandenburg eine Zigarettenfabrik eröffnet. ‚Mohawks‘ werden hier ab Mitte August produziert.

Noch laufen die Maschinen im Testbetrieb. 30 Leute arbeiten schon - 90 sollen es bis zum Jahresende werden.

Ken Lacey, Geschäftsführer Grand River Enterprises Deutschland „Wir haben hier die Kapazität für drei Milliarden Zigaretten im Jahr. Die sind für den europäischen Markt. Aber für Deutschland ist der größte Teil.“

Drei Milliarden Zigaretten! Glückselig ist die Gemeindeverwaltung über den Spirit der Investoren.

Berthold Satzky (SPD), Gemeindeverwaltung Lehnin „Wir haben uns gefreut. Und wir hoffen jetzt, dass die Produktion möglichst schnell losgeht.“

Und damit so schnell wie möglich die Zigaretten an den Kunden gebracht werden können, will jetzt der Staat den Hersteller finanziell fördern. Das Geld kommt vom Steuerzahler - aus dem Fördertopf „Gemeinschaftsaufgabe“. Es geht um immerhin 13 Millionen Euro.

Merkwürdig ist nur: Noch dieses Jahr sollen im Bundestag strikte Regeln gegen das Rauchen beschlossen werden.

Selbst die Bundeskanzlerin - bis vor kurzem noch verhalten, wenn es um den Nichtraucherschutz ging - findet inzwischen ein Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen legitim. Auch im Bundesland Brandenburg startet man eine aufwändige Kampagne. Brandenburg soll komplett rauchfrei werden.

Dagmar Ziegler (SPD), Ministerin für Gesundheit, Brandenburg
„2.500 Todesfälle in Brandenburg jährlich belegen, dass da Handlungsbedarf da ist. Vor allem unsere jugendlichen Raucher machen uns die größte Sorge. Es fangen schon Unter-12-Jährige an zu rauchen und die erleben oftmals ihr dreißigstes Lebensjahr nicht.“

Der zuständige Staatssekretär für Wirtschaft sieht die Sache aus einem anderen Blickwinkel. Wer qualmt schafft Arbeitsplätze. Der Mann setzt sich für ein raucherfreundliches Deutschland ein.

Wolfgang Krüger (CDU), Staatssekretär Landesministerium für Wirtschaft, Brandenburg
„Hier geht es darum, dass jeder Mensch eigenverantwortlich mit seiner Gesundheit umgeht. Das gilt insbesondere für Raucher.“

Nur: Nach dieser Logik bräuchten wir keine Helmpflicht, keine Gurtpflicht, keine Geschwindigkeitsbeschränkung mehr. Schließlich ist doch jeder für seine Gesundheit selbst verantwortlich!

Der Staatssekretär gibt sich locker. 13 Millionen - Steuergelder - für die Verbreitung von Drogen? Kein Problem. Für 90 Arbeitsplätze kann man die Moral schon mal außen vor lassen!

Wolfgang Krüger (CDU), Staatssekretär Landesministerium für Wirtschaft, Brandenburg
„Wir haben die strukturpolitischen Effekte von Seiten des Wirtschaftsministerium zu bewerten und nicht die moralischen.“

Bis zu 15% der Kosten des Gesundheitswesens verursacht das Rauchen. Das berechnete die Weltbank für die großen Industrieländer. Egal - Brandenburg wird in der Wirtschafts-Statistik ein Plus von 90 Arbeitsplätzen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie verzeichnen. Das zählt.

Die Brandenburgische Gesundheitsministerin gibt sich zerknirscht.

Dagmar Ziegler (SPD), Ministerin für Gesundheit, Brandenburg
„Es ist nicht die tollste Lösung. Aber wir haben eine Förderrichtlinie, die eine Gleichbehandlung erfordert und deshalb sind die Kriterien Arbeitsplätze schaffen und so, höher zu bewerten im Moment als die gesundheitsschädigende Wirkung der Produkte, die dort hergestellt werden. Ich als Gesundheitsministerin bin natürlich nicht erfreut darüber.“

Nicht erfreut - aber scheinbar gilt der Gleichheitsgrundsatz - egal, was hergestellt wird, wer Arbeitsplätze schafft - jeder hat das gleiche Recht auf Fördergelder?

Also: ein Nein zur Förderung von gesundheitsschädlichen Produkten wäre somit ungesetzlich.

Wir fragen nach bei Prof. Kessler. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Fachmann für Subventionsrecht. Er prüft für uns, ob eine Nichtförderung von Zigarettenfabriken tatsächlich gegen geltendes Recht verstößt.

Prof. Jürgen Kessler, Wirtschaftswissenschaftler, FHTW-Berlin
„Der Gleichheitsgrundsatz wäre damit auf keinem Fall verletzt, denn der Gleichheitsgrundsatz zwingt nur Gleiches gleich, aber Ungleiches verschieden zu behandeln.“

Das heißt: Eine Zigarettenfabrik ist nun mal was anderes als eine Gurkenfabrik. Zudem: Die Landesregierung hat selbst eine Richtlinie erstellt, eine lange Liste von Branchen, die keine Steuergelder über das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe“ erhalten. Auf der Liste der „Nichtförderwürdigen“ fehlt die Tabak verarbeitende Industrie.

Die brandenburgische Regierung muss nicht, sie will die Produktion von Zigaretten fördern - egal, wie schädlich sie sind. Und:

Prof. Jürgen Kessler, Wirtschaftswissenschaftler, FHTW-Berlin
„Außerdem ist es grob gesagt wirtschaftlich Unfug, denn ich kann nicht einerseits eine Industrie mit staatlichen Subventionen fördern, während der Bund gerade dabei ist, die Expansion dieses Industriezweiges einzuschränken.“

Der Bund? Nun, der ist selbst bei diesem Förderunfug beteiligt. Mit 3,25 Millionen Euro. Und: sogar im Bundesgesundheitsministerium hat man irgendwie Verständnis für diese Förderpolitik - die Drogenbeauftragte versucht das zu erklären:

Sabine Bätzing (SPD), Drogenbeauftragte, Bundesministerium für Gesundheit
„Wenn wir das jetzt sehen, dass dort wie gesagt Arbeitsplätze geschaffen werden, Raucher weiter den Tabak, die Zigaretten dort konsumieren, dann muss man sich die Frage stellen: Würden die wirklich alle aufhören, wenn wir jetzt dort nicht subventionieren würden?“

Das sicherlich nicht - aber: Die Firma aus Kanada kann das Plus durch die Fördergelder auf den Verkaufspreis umlegen. Und Billig-Zigaretten für 3,30 führen erwiesenermaßen dazu, dass mehr Jugendliche noch früher mit dem Rauchen beginnen.

Subventionen von 13 Millionen Euro? Davon müssten sich doch mehr als 90 Arbeitsplätze schaffen lassen. Und bestimmt fände sich ein Geschäftszweig ohne Risiken mit Todesfolgen.

Beitrag von Chris Humbs